

Gericht vertagt offene politische Kündigung von Brigitte Heinisch

Berlin (Korrespondenz), **15.02.06**: Diesmal waren auch die Medien da. Die Reporterin der "**Bildzeitung**" begründete ihr Kommen damit, dass die Zustände in den Berliner Krankenhäusern sowie in der Altenpflege ein **Reizthema** unter der Berliner Bevölkerung seien und die **Willkür** gegen **Brigitte Heinisch** von Interesse für ihre Zeitung sei. So erschienen am Folgetag Berichte in der "Bildzeitung" und der "Berliner Morgenpost".

Ein **Fernsehteam** des "**RBB**" filmte und sendete in der "Berliner Abendschau" einen dreiminütigen Beitrag. Darin heißt es unter anderem: "*Hausbewohner werden nicht mehr gewaschen und liegen stundenlang in ihren Exkrementen.*" **Brigitte Heinisch** kommt zu Wort: "*Je mehr Bewohner, je mehr Einnahmen - je weniger Personal, um so höher die Gewinne.*" Auch Krümmel, Vertreter von **Vivantes**, musste zugeben, das zumindest bis Ende 2003 "Missstände" herrschten und der Vertreter des MDK (Medizischer Dienst der Krankenkassen) bestätigen das.

Wie immer gab es vor dem Gerichtsgebäude eine **Solidaritätskundgebung**. 50 Freunde begleiteten **Brigitte Heinisch** zum Prozess. Montagsdemonstranten, Kollegen von Vivantes und von der Charité, Verdi- und Transnet Kollegen, Vertreter von MLPD, SI, SAV. Vor Gericht führten Brigitte Heinisch und ihre Anwältin noch einmal aus, wie sie sich mit **elf Überlastungsanzeigen**, die sie mit ihren Kollegen zusammen schrieb, mit **Briefen** an den Betriebsrat und Aufsichtsrat zu Recht gegen die **katastrophalen Zustände** bei "Vivantes Forum für Senioren" wehrte.

Als das alles ohne Reaktion blieb, erstattete sie **Strafanzeige** wegen Betrugs und Nötigung gegen Vivantes. Immer wieder mussten Kollegen Pflögetätigkeiten per Unterschrift bestätigen, die an den Patienten wegen Personalmangel nie ausgeführt wurden. Statt gegen Vivantes zu ermitteln, forderte der **Staatsanwalt** Brigitte Heinisch auf, Kollegen zu denunzieren. Das lehnte sie ab, daraufhin wurde auch ihre Anzeige abgelehnt. Zwei Tage danach erhielt Brigitte die "**krankheitsbedingte**" **Kündigung** und folgend ein fristlose Kündigung wegen des "*Verdachts der Herausgabe eines Flugblattes*".

Gleich zu Beginn des Prozesses stellte die Richterin klar, um was es ihr geht. Sie bezeichnete es als sehr kritisch, dass hier das Recht auf freie Meinungsäußerung missbraucht wurde gegen die **Geschäftsinteressen** von **Vivantes**. Unangemessen sei vor allem, Vivantes vorzuwerfen, ihm gehe es um **Profit** auf **Kosten** der **Patienten**. Übersehen hat sie dabei offensichtlich, das Vivantes selbst von "Profitcentern" spricht.

Um diesen Prozess um die fristlose politische Kündigung von Brigitte Heinisch überhaupt führen zu können, wurden ihr von Vivantes und der Richterin unterstellt, sie hätte das **Flugblatt** des **Solidaritätskreises** "menschenwürdige Pflege" initiiert. Da dies natürlich nicht den Tatsachen entspricht, wird als "Beweis" herangezogen, dass sie dieses Flugblatt einer Kollegin an den Arbeitsplatz gefaxt hat.

Das ist ein **politischer Skandal** und ein **Maulkorb** für alle Kollegen. Da wird man gekündigt und zu Recht entwickelt sich die Solidarität der Kollegen, und wenn man dann mit seinen Kollegen darüber spricht oder ihnen einen Presseartikel gibt, ist das ein **Kündigungsgrund** oder gar der

"Beweis", man hätte ihn selbst initiiert.

Es war den **Richtern** dann doch offensichtlich zu heiß, über eine offen politisch begründete Kündigung an diesem Tag zu entscheiden. **Sichtlich genervt** vertagten sie den Prozess auf den **28. März** und forderten **Brigitte Heinisch** auf, dazu noch einmal darzulegen, dass sie zurecht die Strafanzeige gegen Vivantes gestellt hatte. Dieser vorläufige **Rückzieher** zeigt die Brisanz dieses Prozesses und vor allem die **Stärke** der inzwischen **bundesweiten Solidarität**.